

Kinderabzugs-Bschiss - eine goldene Giesskanne für Topverdiener-Familien

23.7.2020; Martina Munz, Nationalrätin

Das Unverständnis war Ueli Maurer anzusehen, als er am 26. September des letzten Jahres nochmals einen letzten Anlauf unternahm um das Parlament zur Vernunft zu bringen: «Die Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs hat nicht den Effekt, den Mittelstand zu entlasten und etwas für die Familien zu tun. Man könnte hier durchaus zusammenfassend sagen: Gut gemeint ist das Gegenteil von gut.» Doch es nützten alle mahnenden Worte nichts, eine Mehrheit aus CVP, FDP und SVP liess sich von ihrem Vorwahlmanöver nicht mehr abbringen und beschloss kurz darauf eine 370-Millionen-Steuersubvention für die reichsten Familien der Schweiz. Besonders stossend: Weil dieser Steuerrabatt erst in letzter Sekunde in ein Gesetz mit ganz anderem Ziel eingesetzt wurde, kommt er im irreführenden Gewand «Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten» daher.

Heute, bald ein Jahr später, können wir dank einem Referendum der SP über diesen Kinderabzug-Bschiss abstimmen. Es ist eine Vorlage, die den Falschen nützt. Aufgrund der starken Progression zahlt fast die Hälfte der Familien keine Bundessteuern. Sie können daher auch keine Abzüge machen. Und auch innerhalb derer, die Bundessteuern zahlen, kommt die Vorlage extrem einseitig den Allerreichsten zugute. Um den Maximalbetrag von 910.- einsparen zu können, muss beispielsweise ein verheiratetes Zweiverdienerpaar mit zwei Kindern ganze 300'000 Franken im Jahr verdienen. Alles in allem sind es gerade mal sechs Prozent (!) der Haushalte in der Schweiz, die von diesem Bschiss wirklich profitieren werden, die übrigen 94 Prozent müssen die Löcher stopfen. Erfreulicherweise regt sich der Widerstand gegen diesen Unsinn zunehmend auch in der FDP und der SVP.

Denn mitten in einer Wirtschaftskrise den Reichsten ein 370-Millionen-Steuerrabatt zu gewähren, ist fahrlässig. Statt die öffentlichen Mittel mit der goldenen Giesskanne über Topverdiener-Familien auszuschütten, sollten wir besser direkt und gezielt Familien unterstützen, die in der Coronakrise Not leiden. Oder um es in den Worten von Bundesrat Ueli Maurer im Parlament zu sagen: «Ich bitte Sie, über die Bücher zu gehen, Mut zu fassen und Nein zu sagen.»